

***Auf dem Weg
der
Erneuerung***



PDS

Dialog in der PDS
Landesverband Brandenburg
Heft 1

**8. Mai 1945 - Tag der
Befreiung**

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 1

8. Mai 1945 - Tag der Befreiung

Herausgeber: Landesverband der PDS Arbeitsgruppe
Programm - Geschichte - Politische Bildung

Autor: Prof. Dr. Kurt Finker

Beratung: Dr. Werner Bethge, Prof. Dr. Horst Klett, Dr. Kurt
Libera, Prof. Dr. Gerhard Ruben, Dipl.-Archivar
Joachim Schulz, Dr. Horst Süßenbach

Satz und Layout: Reinhard Frank

Redaktionsschluß: 15. März 1995

Inhaltsverzeichnis

1. Das Ende des Krieges in Europa	6
2. Der 8. Mai 1945 - Tag der Befreiung ?	11
3. Deutschland nach der Befreiung. Programme und Aktionen.....	13
4. Fünfzig Jahre später: Der 8. Mai 1945 aus heutiger Sicht.	21
a.) Die Ergebnisse von 50 Jahren Geschichte	21
b.) Versuche, Geschichte umzuschreiben:	23
c.) Einige Grundfragen des gegenwärtigen Geschichts- bildes	24
5. Weitere Literatur	30

An die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS im Land Brandenburg.

Dieses Heft 1 "Dialog in der PDS - Landesverband Brandenburg" übergeben wir den Basisorganisationen, Vorständen und Fraktionen der PDS als erstes Diskussionsmaterial.

Weitere Dialoghefte werden folgen.

Wir bitten Euch, uns dazu Eure Meinung und Vorschläge - auch zur Themenauswahl - für die künftige Gestaltung dieser Dialogpapiere zu übermitteln.

Wir hoffen, daß mit diesen Heften die inhaltliche Diskussion in unserem Landesverband befördert wird.

Das vorliegende Heft befaßt sich mit einem Ereignis, das zu den bewegendsten und zugleich schmerzhaftesten Kapiteln deutscher Geschichte gehört.

50 Jahre sind seit den Tagen vergangen, die den bisher grausamsten Krieg in der Geschichte der Menschheit, der von Deutschland entfesselt wurde, beendete. Es war ein Sieg der in der Antihitlerkoalition zusammengeschlossenen Völker. Er rettete die menschliche Zivilisation und erschloß ihr neue Wege.

Diese Tatsache ist gegenwärtig nicht unumstritten.

Der Standpunkt des vormaligen Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker, anläßlich des 45. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus, war ein klares Bekenntnis zum Tag der Befreiung. Es wird heute in dieser Eindeutigkeit nicht überall akzeptiert, vor allem auch nicht in seiner eigenen Partei, der CDU.

Die PDS hat sich sowohl auf dem 4. Bundesparteitag, als auch auf dem 4. Brandenburger Landesparteitag zu eindeutigen Aussagen zum 8. Mai 1945 bekannt.

Zugleich bemühen wir uns, zu neuen Einsichten über dieses historische Ereignis zu gelangen, bisherige Tabus zu überwinden und neue Antworten zu finden.

Unser Landesparteitag wandte sich in einem Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs mit dem Appell, nicht zuzulassen, daß die Leistungen der Befreier, besonders der Soldaten der Sowjetunion, entweiht werden. Es heißt in diesem Aufruf ausdrücklich, daß dieser Tag auch weiterhin ein Tag der Befreiung bleiben soll.

Wir werden uns immer dem Frieden verpflichtet fühlen und stets derer gedenken, die für die Befreiung der Menschheit ihr Leben gaben.

Es liegt auch an uns, an unserer Diskussion und Aktivität, welcher Sinn der 8. Mai 1945 jetzt und in Zukunft haben wird.


Landesvorsitzender

Angesichts der Bedeutung des Sieges der Antihitlerkoalition über den deutschen Faschismus für die Entwicklung in den letzten 50 Jahren und für die Gegenwart wenden wir uns an alle Mitglieder und Sympathisanten der PDS mit der Aufforderung, sich mit diesem historischen Ereignis, seinen Wirkungen und seiner nach wie vor sehr aktuellen Bedeutung näher vertraut machen. Darum empfehlen wir die Durchführung von Bildungsveranstaltungen in den für das Thema und den Kreis der Beteiligten am besten geeigneten Formen. Dazu unterbreiten wir einige **Hinweise und Vorschläge für die Gestaltung**. Wir legen Materialien und Problemstellungen vor, die nach unserer Meinung Grundlage und Ausgangspunkt für klärende Diskussionen sein könnten. Darüber hinaus aber sollten auch vor allem ältere Genossen und Kollegen aus ihren Lebenserfahrungen berichten, wie sie mit der "Befreiung" umgegangen sind, wie sie von der äußeren zur inneren, geistig-politischen Befreiung gelangten.

Zugleich verweisen wir darauf, daß der *Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg"* (Benzstraße 18/19, 14482 Potsdam, Tel. 0331/71 95 91) die Broschüre **"Befreiung - wovon, wodurch, wofür?"** herausgibt, in der mehrere Historiker weitere Materialien und Darstellungen, darunter auch zur Lage im Land Brandenburg, unterbreiten.

1. Das Ende des Krieges in Europa

Kapitulation

Am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr unterzeichnete Generaloberst *Alfred Jodl* im westalliierten Hauptquartier in Reims im Auftrag des noch von Hitler kurz vor seinem Selbstmord am 30. April eingesetzten Nachfolgers und Reichspräsidenten Großadmiral *Karl Dönitz* und im Namen des Oberkommandos der Wehrmacht die **bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte**, die bis zum 8. Mai 23.01 Uhr durchzuführen war. Auf Drängen der Sowjetregierung wurde die Unterzeichnung der Kapitulation am 8. Mai durch Generalfeldmarschall *Wilhelm Keitel* als Chef des OKW, Generaladmiral Hans Georg von Friedeburg als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff als Vertreter des Oberbefehlshabers der Luftwaffe im Kasino der Pionierschule in **Berlin-Karlshorst** vor den Bevollmächtigten aller vier Siegermächte wiederholt (wegen organisatorischer Schwierigkeiten erst am 9. Mai um 0,16 Uhr vollzogen). Diesem Akt waren Teilkapitulationen vorausgegangen: am 29. April der Heeresgruppe (HG.) Südwest (Norditalien), die am 2. Mai in Kraft trat; am 2. Mai der Garnison Berlin; am 4. Mai der Truppen in den Niederlanden, in Dänemark und Nordwestdeutschland, die am 5. Mai 8.00 Uhr wirksam wurde; am 5. Mai der HG. Ober-Rhein in Haar bei München; am 6. Mai der "Festung" Breslau; am 7. Mai der HG. Ostmark in Österreich. Vom 9. bis zum 11. Mai ergaben sich die deutschen Verbände in Norwegen, den Festungen an der französischen Kanalküste, auf den britischen Kanalinseln, in den Stützpunkten der Ostägäis und auf Kreta; am 10. Mai kapitulierten die HG. Kurland (Lettland) und Ostpreußen (Hel, Weichselniederung). Vereinzelt kam es noch zu Kämpfen mit fanatischen Nazis und mit Truppen, die sich nach Westen durchschlagen wollten, so am 9./10. Mai in Prag, am 13./14. Mai in Nordjugoslawien, am 18. Mai bei Tabor (Böhmen).

Hitlers Nachfolger Dönitz hatte sich nach dem Tode des Diktators keineswegs von diesem distanziert, im Gegenteil, ihn gerühmt, die Lüge von seinem "Heldentod" kolportiert und sich zugleich dem Westen auf der Grundlage des Antibolschewismus angebedert. So heißt es in einem Aufruf an das deutsche Volk vom 1. Mai 1945:

"Unser Führer, Adolf Hitler, ist gefallen. In tiefer Trauer und Ehrfurcht verneigt sich das deutsche Volk. Frühzeitig hatte er die furchtbare Gefahr des Bolschewismus erkannt und diesem Ringen sein Dasein geweiht. Am Ende dieses seines Kampfes und seines unbeirrbaren, geraden Lebensweges steht sein Heldentod in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Sein Leben war ein einziger Dienst für Deutschland. Sein Einsatz im Kampf gegen die bolschewistische Sturmflut galt darüber hinaus Europa und der gesamten Kulturwelt."

(Walter Lüdde-Neurath: Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1953, S. 128).

Die Regierung Dönitz wurde auf Anweisung des alliierten Oberbefehlshabers General Dwight Eisenhower am 23. Mai 1945 in Flensburg von britischem Militär verhaftet.

Entsprechend den Festlegungen der Krimkonferenz (Jalta, Februar 1945) übernahmen am 5. Juni 1945 die Vertreter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit einer **gemeinsamen Erklärung**

"die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden."

(Wolfgang Benz: Deutschland seit 1945, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990, S. 185).

Zur Durchführung der in dieser Erklärung enthaltenen Forderungen bildeten die vier Großmächte den **Alliierten Kontrollrat** als gemeinsame oberste Behörde. Das Land wurde in vier **Besatzungszonen** und das Verwaltungsgebiet Groß-Berlin aufgeteilt, die den Militärverwaltungen - in Berlin Viermächteverwaltung - unterstanden.

**Bildung des
alliierten
Kontrollrats**

Italien war bereits im September 1943 aus dem Krieg ausgeschieden, *Japan* kapitulierte am 2. September 1945.

Am 8. Mai war in Europa der II. Weltkrieg zu Ende, **mit über 50 Millionen Toten der blutigste Krieg der Menschheitsgeschichte**, der am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begonnen hatte. **Aggressor und Schuldiger war das faschistische Deutschland**, doch hatten die Beschwichtigungspolitik Großbritanniens und Frankreichs mit dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 und den Nichtangriffserklärungen vom 30. September (Deutschland-Großbritannien) und vom 6. Dezember (Deutschland-Frankreich) 1938, aber auch der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 mit den geheimen Zusatzverträgen über die Aufteilung Osteuropas dazu beigetragen, daß Nazideutschland den Weg des Krieges beschreiten konnte. Die außenpolitischen Erfolge der Hitlerregierung und die militärischen Siege in den ersten Kriegsjahren förderten unter den Deutschen Rassismus, Führerkult, Herrenmenschenideologie und die Vorstellung von der Unbesiegbarkeit der Wehrmacht. Der antifaschistische Widerstand wurde nur von einer Minderheit des deutschen Volkes getragen und konnte trotz großer Opfer aus eigener Kraft das Hitlerregime nicht stürzen.

**Nazideutschland
Aggressor und
Schuldiger am
Krieg**

Der II. Weltkrieg ging über den Rahmen eines **imperialistischen Raub- und Eroberungskrieges**, wie der I. Weltkrieg, hinaus. Er war seitens des faschistischen deutschen Imperialismus zugleich ein **Ausrottungs- und Vernichtungskrieg**: große Gebiete - Polen, Böhmen, das Baltikum, die Ukraine, Bjelorußland, Teile Rußlands - sollten nicht nur in deutsche Kolonien verwandelt, sondern auch **"germanisiert"**, andere Völker in ständiger Abhängigkeit gehalten werden. Es gab Pläne für weitere Eroberungen in Asien und Afrika.

Krieg in Permanenz, Juden- und Slawenvernichtung, koloniale Ausbeutung, politische und weltanschauliche Uniformierung, Terrorherrschaft, auch gegen das eigene Volk, wären zu Dauererscheinungen geworden. Im Kampf gegen diese Bedrohung hatten sich Volksmassen und Regierungen unterschiedlicher politischer und sozialer Richtung und Lage zur **Antihitlerkoalition** zusammengeschlossen, denn es war ein Kampf für die **Rettung der menschlichen Zivilisation**.

Erst die Niederlagen der Wehrmacht in den Schlachten vor Moskau, um Stalingrad und im Kursker Bogen brachten die Wende im Verlauf des Krieges. Ein Bild von den Ausmaßen und den Schwerpunkten des Kriegsgeschehens vermittelt die Tatsache, daß Anfang 1945 169 deutsche Divisionen und 20 Brigaden an der sowjetisch-deutschen Front kämpften, während an der Westfront und in Italien 107 deutsche Divisionen im Einsatz standen.

Die größten **Opfer an Toten** mußten folgende Staaten bringen:

Polen	17, 2 %	der Vorkriegsbevölkerung	=	6,000	Millionen
Jugoslawien	10, 9 %	" "	=	1,700	"
Sowjetunion	10, 4 %	" "	=	20,600	"
Deutschland	8, 8 %	" "	=	6,000	"
Griechenland	7, 2 %	" "	=		
0,520	"				
Österreich	7, 2 %	" "	=		
0,480	"				
Rumänien	3, 4 %	" "	=	0,460	"
Ungarn	3, 0 %	" "	=	0,420	"
Japan	2, 7 %	" "	=	2,000	"
Tschechoslowakei	2, 7 %	" "	=	0,400	"
Albanien	2, 5 %	" "	=	0,028	"
Niederlande	2, 3 %	" "	=	0,210	"
Finnland	2, 2 %	" "	=	0,084	"
China	2, 0 %	" "	=	10,000	"

(Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 6, Berlin 1985, S. 783; Dokumente zur deutschen Geschichte 1942-1945. Hrsg. von Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1977, S. 135).

Dem faschistischen deutschen Ausrottungsfeldzug, an dem nicht nur

Gestapo, SS und "Einsatzgruppen", sondern auch reguläre Einheiten der Wehrmacht beteiligt waren, fielen **zwei Drittel der Juden Europas zum Opfer**:

Polen	bis zu	3000000
UdSSR	über	700 000
Rumänien		270 000
Tschechoslowakei		260 000
Ungarn	über	180 000
Litauen	bis zu	130 000
Deutschland	über	120 000
Niederlande	über	100 000
Frankreich		75 000
Lettland		70 000
Jugoslawien		60 000
Griechenland		60 000
Österreich	über	50 000
Belgien		24 000
Italien (einschließlich Rhodos)		9 000
Estland		
über		1 000
Norwegen	unter	1 000
Luxemburg	unter	1 000
Danzig	unter	1 000
Gesamt		5 100 000

(Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Band 3. Aus dem Amerikanischen, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1990, S. 1300).

Der **materielle Schaden des Krieges** wird auf etwa 260 Milliarden Dollar geschätzt, von denen auf die Sowjetunion etwa 128 Mrd., auf Polen über 20 Mrd., auf Frankreich 20 Mrd. und auf Großbritannien 6,5 Mrd. entfielen.

Deutschland verlor fast ein Fünftel seines Territoriums von 1937.

**Die Provinz
Brandenburg
in der
Endphase des
Krieges**

Die **Provinz Brandenburg** gehörte, abgesehen von den Großstädten, zu den am stärksten zerstörten Gebieten Deutschlands, denn hier, im Raum zwischen Oder und Elbe, fand der "Endkampf um das Reich" statt. Um Berlin gegen den Angriff der Roten Armee zu schützen, war das Gebiet zwischen Oder und Berlin in einen befestigten Raum verwandelt worden. Mit Beginn der sowjetischen Offensive am 16. April 1945 entwickelten sich im Raum der Seelower Höhen erbitterte und für beide Seiten verlustreiche Kämpfe, die sich mit gleicher Härte im eingeschlossenen Berlin bis zum 2. Mai fortsetzten.

Im südostwärts von Berlin gelegenen Waldgebiet bei Halbe spielte sich im April 1945 ein besonderes Drama ab. Hier befanden sich etwa 200 000 deutsche Soldaten sowie eine große Zahl von Zivilisten in einem Kessel. Ihre Ausbruchsversuche verliefen äußerst blutig, die Verluste waren sehr hoch.

Die seit März 1945 im Raum Dessau formierte 12. Armee (Armee Wenck, vorwiegend bestehend aus den Jahrgängen 1928/29) griff im April in Richtung Potsdam an, um das eingeschlossene Berlin zu entsetzen. Der Angriff blieb jedoch unter großen Verlusten auf der Linie Ferch-Beelitz liegen.

Es ergibt sich hierbei die Frage, warum viele deutsche Soldaten noch im Angesicht des verlorenen Krieges bis zuletzt heftigen Widerstand leisteten. Der Berliner Historiker Prof. Laurenz Demps verweist dabei auf Fragen, die der offenen und aufhellenden Diskussion bedürfen:

"Die deutschen Truppen waren durch eine raffinierte Propaganda - unter Nutzung bekanntgewordener sowjetischer Übergriffe östlich der Oder - 'hochgepeitscht' worden."

(Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 674).

Schwere Zerstörungen und Verluste durch Kämpfe und alliierte Luftangriffe erlitten zahlreiche Städte: Potsdam, Cottbus, Frankfurt, Brandenburg, Seelow, Prenzlau, Lübben, Rathenow, Oranienburg, Guben, Forst und andere.

Es steht fest, daß sich das Morden und Zerstören fortgesetzt hätte, wenn es nicht gelungen wäre, Nazideutschland zur Aufgabe zu zwingen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte völlig recht, als sie in ihrem ersten Aufruf nach der Illegalität am 11. Juni 1945 erklärte:

*"Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde. **Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?"***

(Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2 1945 bis 1971, Berlin 1971, S. 9).

2. Der 8. Mai 1945 - Tag der Befreiung ?

Nachfolgend einige Äußerungen von Politikern und Historikern, die Anstoß für eine klärende Diskussion bilden können, da sie die Hauptrichtungen der gegenwärtigen Urteile zum Ausdruck bringen:

**Politiker
zum 8. Mai**

Alfred Dregger, CDU, MdB: *"Die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, die Vertreibung der Ostdeutschen und die Sowjetisierung Mitteldeutschlands waren kein Akt der Befreiung." (Märkische Allgemeine", 24.1.1995, S.4).*

Edmund Stoiber, CSU, bayerischer Ministerpräsident: *"Für mich ist es der Tag der Befreiung Deutschlands von der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus, der damals jedenfalls dem westlichen Teil unseres Landes einen demokratischen Neuanfang, die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt und die Versöhnung und den Ausgleich mit den Völkern Europas ermöglichte. Am 8. Mai 1945 erlebte es allerdings die große Mehrheit der Deutschen als bittere Tragik, daß der Weg zur Befreiung nur über die totale Niederlage führen konnte. Für die Menschen in den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten markiert dieser Tag die Ablösung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates durch die kommunistische Diktatur und den Ausgangspunkt für Vertreibung, Verschleppung oder sogar Tod von weit über zehn Millionen Deutschen." ("Märkische Allgemeine, 24.1.1995, S. 4).*

Man beachte hier die Steigerung: vom "national-sozialistischen Unrechtsstaat" zur "kommunistischen Diktatur"!

Helmut Kohl, CDU, Bundeskanzler: *"Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung, aber Freiheit brachte er nicht allen Deutschen. Wir kennen die Namen von vielen, die den Kerkern der Nationalsozialisten entronnen waren und schon wenig später in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands aus politischen Gründen drangsaliert, unter massiven Druck gesetzt, zu Haft, jahrzehntelanger Zwangsarbeit oder gar zum Tod verurteilt wurden... Von diesem Leid - und auch vom Leiden und Sterben in einem von Mauer und Stacheldraht umgebenen Staat - dürfen und werden wir nicht schweigen." ("Das Parlament", Nr. 31, 5.8.1994, S. 22).*

Carola Hartfelder, Geschichtslehrerin, CDU-Landesvorsitzende, MdL Brandenburg: *"Der 8. Mai ist nicht nur das Datum für das Ende einer Diktatur, für die Befreiung von einer Diktatur, sondern mit diesem Tag erfolgte im Osten Deutschlands der nahtlose Übergang in eine zweite - kommunistische - Diktatur, während sich der Westen Deutschlands zu einem freiheitlichen*

Rechtsstaat entwickelte, am 8. Mai 1949 das Grundgesetz im Parlamentarischen Rat beschlossen wurde... Wurden auf der anderen Seite, im Osten Deutschlands, die Pforten der Konzentrationslager geöffnet, um sofort wieder geschlossen zu werden, verschwanden hinter Stacheldraht und Beobachtungstürmen bis 1950 wieder Tausende von Menschen, die der nun neuen Herrschaft nicht ins Konzept paßten." (Landtag Brandenburg, I. Wahlperiode, Plenarprotokoll 2/22, 18.11.94, S. 66).

Prof. Georg Fülberth, marxistischer Historiker, Marburg: *"Mit der deutschen Kapitulation 1945 wurde eine Aggression beendet, für die es einen einzigen Schuldigen gab: das Deutsche Reich. Vor zehn Jahren haben Alfred Dregger und seine Freunde angezweifelt, daß es sich dabei um eine Befreiung gehandelt habe. Es sei ausschließlich eine Niederlage gewesen. Vielleicht hatte er sogar recht. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit hat 1933 Hitler und seine Verbündeten nicht nur gewählt, es hat den Faschismus auch bis zum Ende unterstützt, und bis zur Kriegswende in der Sowjetunion hat es viele Vorteile von den Überfällen auf andere Völker objektiv gehabt und oft genug auch subjektiv genossen. Die nationalsozialistische Diktatur stützte sich keineswegs lediglich auf eine Minderheit. Also kann die Mehrheit, welche ihr anhing, ja wohl nicht in erster Linie befreit worden sein, sie wurde besiegt." ("Marxistische Blätter", Essen, 1/1995, S.33).*

Prof. Walter Jens, Präsident der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg: *"Der 8. Mai 1945 bedeutet den Tag der Befreiung: schmerzlich für viele, die sich bald darauf neuer Drangsalierung ausgesetzt sahen, segensreich für Deutschland als Ganzes. In welchem Ausmaß, das wird deutlich, wenn man bedenkt, daß ein Sieg des Nationalsozialismus gleichbedeutend mit dem Ende der europäischen Kultur gewesen wäre. Das Resultat eines Hitler-Triumphes: Zerstörung jeder Form von Aufklärung, Beseitigung der kritischen Intelligenz, Vernichtung der Kirchen, Verhöhnung der Menschenrechte, Indienstnahme der Frauen, kurzum die 'Erledigung' abendländischer Geschichte. So betrachtet ist Deutschlands Niederlage ein Segen gewesen - nicht nur für unser Land." ("Märkische Allgemeine", 24.1.1995, S.4).*

Bei der Beurteilung des 8. Mai muß beachtet werden, daß die Befreiung von faschistischer Herrschaft und Krieg für viele heute ältere Menschen zuweilen mit sehr unangenehmen, tragischen Erlebnissen verbunden war: Gefangenschaft, Vertreibung, Plünderungen, Vergewaltigungen, Morde, Verhaftung auch von Unschuldigen usw. Wir sollten solche Fragen offen ansprechen und Ursachen und Hintergründe dieser Erscheinungen erklären: Schuld der Deutschen am Kriege, Ausplünderung und Verwüstung weiter Teile Polens und der Sowjetunion, Verschleppung und Ermordung von Millionen Menschen der von Deutschen besetzten Gebiete, Haß, Rachedurst und Verrohung als Folge dieses verbrecherischen, erbitterten und lang andauernden Krieges.

Trotz allem war das Kriegsende eine Befreiung auch für das deutsche Volk. Nach wie vor können wir der Feststellung zustimmen, die der ehe-

malige Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** (CDU) in seiner Rede zum 8. Mai 1985 traf:

"Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden mit diesem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.

Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen". (Ulrich Gill/ Winfried Stefani (Hrsg.): *Eine Rede und ihre Wirkung*. Berlin 1986, S. 176).

3. Deutschland nach der Befreiung. Programme und Aktionen.

Ausschlaggebende Bedeutung für die weitere Entwicklung in Deutschland und für seinen künftigen Platz in der Gemeinschaft der Völker, aus der es zunächst ausgeschlossen war, gewann die Frage, wie sich die Klassen, Schichten und Gruppen nach Kriegsende verhielten, welche Programme und Konzepte die entstehenden Parteien und Organisationen entwickelten, wie sie realisiert wurden. Wie gelang es, "eigene Niederlage" in "eigene Befreiung" zu verwandeln? Gelang dies allen? Wollten dies überhaupt alle?

Programme und Konzepte nach dem Krieg

Im seinem letzten Bericht vom 9. Mai 1945 verkündete das **Oberkommando der Wehrmacht**, ohne sich von Hitler und dem verbrecherischen Charakter des Krieges zu distanzieren (Hervorhebungen von mir-d.V.):

*"Damit ist das fast **sechsjährige heldenhafte Ringen** zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die Deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht **ehrentoll** unterlegen.*

*Der deutsche Soldat hat, ..., im höchsten Einsatz für sein Volk für immer **Unvergeßliches** geleistet... Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden." (W. Lüdde-Neurath: *Regierung Dönitz*. Göttingen 1953, S. 150).*

Diese "Tradition" wird auch heute noch von den alten und neuen Rechten "gepflegt", nicht nur in den kriegsverherrlichenden "Landserheften". So heißt es in dem in der Deutschen Verlagsgesellschaft Rosenheim 1990 erschienenen und sich seriös gebenden "**Lexikon. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert**" (mit einem Vorwort des bekannten Historikers Hellmut Diewald) unter dem Stichwort "*Mondorfer Erklärung*":

"Als die Juni-Deklaration der Alliierten vom 5.6.1945 bekannt wurde,

protestierte Reichspräsident und Großadmiral K. Dönitz im Juli 1945 aus seiner Haft in Mondorf (Luxemburg) mit der D. gegen die völkerrechtlich unzulässige Form einer Machtübernahme der Alliierten in Deutschland mit folgenden Feststellungen: Er sei von den Alliierten als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und damit Oberster Befehlshaber der Wehrmacht anerkannt worden; durch die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht habe weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen noch sei dadurch sein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden..."; (S.288).

Im gleichen Lexikon heißt es unter dem Stichwort "Dönitz", daß dieser "am 23.5.1945 ohne Begründung unter entwürdigenden Umständen verhaftet und an weiterer Amtsausübung gehindert" wurde. Dönitz sei "am 1.10.1946 zu zehn Jahren Gefängnis wegen angeblicher Verbrechen gegen den Frieden und das Kriegsrecht verurteilt" worden. "Bei seiner Beisetzung in Aumühle [1980] gaben dem bei Freund und Feind hochgeachteten Soldaten Tausende ehemaliger U-Boot-Männer und Freunde das letzte Geleit, während die Bundesregierung jede militärische Ehrung und die Teilnahme von Bundeswehrangehörigen in Uniform verboten hatte."(S.102).

Karl Dönitz, Rudolf Heß, die Flieger Hans Ulrich Rudel und Werner Mölders sowie andere Nazigrößen spielen nach wie vor im Traditionsbild der deutschen Rechtsextremisten eine große Rolle.

Diese Entwicklungslinie zeigt noch nachträglich, daß die Antifaschisten 1945 allen Grund hatten, ein entschiedenes Vorgehen gegen die starken Reste des Nationalsozialismus und seine Hintermänner zu verlangen. Die nachfolgenden Materialien sollen zugleich die Möglichkeit bieten, die einstigen Programme mit den späteren Ergebnissen zu vergleichen.

In dem von Häftlingen sozialistischer Parteien am 13. April 1945 veröffentlichten "**Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald**" heißt es:

"Solange Faschismus und Militarismus in Deutschland nicht restlos vernichtet sind, wird es keine Ruhe und keinen Frieden bei uns und in der Welt geben...

Diese riesenhafte Arbeit kann nur geleistet werden, wenn sich alle antifaschistischen Kräfte zu einem unverbrüchlichen Bündnis zusammenschließen. Zu diesem Zwecke erstreben wir einen neuen Typ der Demokratie, die sich nicht in einem leeren, formelhaften Parlamentarismus erschöpft, sondern den breiten Massen in Stadt und Land eine effektive Betätigung in Politik und Verwaltung ermöglicht...

Überzeugt, daß die letzte Ursache zu diesem ungeheuerlichsten aller Kriege in der Raubtiernatur der kapitalistischen Wirtschaft, des finanzkapitalistischen Imperialismus und der von beiden erzeugten moralischen und politischen Verwahrlosung des Lumpenproletariats und Kleinbürgertums liegt, fordern wir, daß den Gesellschaftskrisen durch eine sozialistische Wirtschaft ein absolutes Ende gesetzt wird." Das Manifest verlangte die Einziehung und "gemeinwirtschaftliche" Verwaltung des Großgrundbesitzes,

die "Sozialisierung" der Banken, Versicherungen, Bergwerke, Energieerzeugung, Schwerindustrie und des Verkehrswesens. Am Schluß hieß es: "Zu all diesem ist die Einheit der sozialistischen Bewegung unerlässlich. Begründet auf die Gedanken des Klassenkampfes und der Internationalität und auf das Bewußtsein, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht eine Frage des Zukunftsstaates, sondern die unmittelbare Gegenwartsaufgabe ist, wollen wir die Einheit der sozialistischen Bewegung als eine Einheit des praktischen Handelns, der proletarischen Aktion herstellen. Freiheit in der Diskussion und Disziplin in der Durchführung der Beschlüsse werden es uns ermöglichen, alle ehrlichen sozialistischen Kräfte zusammenzufassen."

Dieses "Buchenwalder Manifest" trug die Unterschriften der Sozialdemokraten Heinz Baumeister (Dortmund), Gottlieb Branz (München), Dr. Hermann Brill (Berlin), Benedikt Kautsky (Wien), Karl Mantler (Wien), Erich Schilling (Leipzig), Ernst Thape (Magdeburg).

(Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933-1945. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1982, S. 680-684).

Die KPD erklärte im Aufruf vom 11. Juni 1945:

"Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher... Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens..."

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: 'Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!'..."

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber." Folgerichtig forderte die KPD "Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei", "Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher", "Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten", "Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung." (Dokumente Geschichte SED, Band 2, S. 7-14).

Auch die **SPD wies in ihrem Aufruf vom 15. Juni 1945** auf die Hintergründe hin:

"Hitlers Cäsarenwahnsinn ist durch die siegreichen verbündeten Armeen ausgemerzt und damit die militaristische Raubgier des deutschen Imperialismus für alle Zeiten vernichtet... Niemals und von niemandem soll das

deutsche Volk je wieder als vertrauensseliges Opfer gewissenloser politischer Abenteurer mißbraucht werden. Der politische Weg des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft ist damit klar vorgezeichnet: Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft!"

(Dokumente Geschichte SED, Bd.2, S.17).

Kurt Schumacher, nach langer KZ-Haft 1946 SPD-Vorsitzender in den Westzonen, äußerte sich im Juli 1945 eindeutig:

"Das Monopolkapital hat Hitler zur Macht verholfen, und in seinem Auftrag hat er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt. Solange es in Deutschland möglich ist, daß sich große Vermögen in der Hand verantwortungsloser Privater sammeln können, ist die Demokratie nicht gesichert. Die ungeheure Wirtschaftskraft der Konzerne muß in die Hand der Allgemeinheit gelegt werden, sonst wirkt sie sich als politische Macht gegen den neuen Staat aus... Demokratie ist erst in einem sozialistischen Deutschland gesichert."

(Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Bd. II, Reden und Schriften. Hrsg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski, Berlin-Grunewald 1953, S. 39).

Der **Parteitag der West-SPD in Hannover vom 9. bis 11. Mai 1946** bezeichnete dann auch den Sozialismus als "Aufgabe des Tages".

(Sozialismus. Eine Gegenwartsaufgabe. Berlin-Wilmersdorf 1946, S. 28).

Nicht nur Marxisten enthüllten die kapitalistischen Wurzeln des Faschismus und forderten ihre Ausrottung. Die **rheinische CDU** erklärte in den "Kölner Leitsätzen" vom Juni 1945:

"Mit dem Größenwahn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungs magnaten.

Am Ende stand der Krieg, der uns alle ins Verderben stürzte." Darum sollte ein "christlicher Sozialismus" die Alternative bilden: "Die Eigentumsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls geordnet... Das Gemeineigentum darf soweit erweitert werden, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheit des öffentlichen Dienstes... Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien körperlichen Selbstverwaltung. Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen... Die menschliche Arbeit wird gewertet als sittliche Leistung, nicht aber als bloße Ware."

(Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg. Günter Rüter, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 216, Bonn 1989, S. 684-687).

In ähnlicher Weise sprachen sich im September 1945 die "**Frankfurter Leitsätze**" der **CDU Hessens** aus, auf deren Grundlage sie dem Artikel 41

der Landesverfassung zustimmte, der die Überführung des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft in Gemeineigentum sowie die staatliche Oberaufsicht über Großbanken und Versicherungen vorsah. Bei einem Volksentscheid am 1. Dezember 1946 stimmten 71,9 % der Wähler für diesen Artikel, den jedoch die amerikanische Militärregierung kassierte.

Der **Gründungsaufruf der CDU vom 26. Juni 1945** in Berlin verlangte die Bestrafung der Naziverbrecher, erklärte sich -

"schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern"- für die Verstaatlichung der Bodenschätze, forderte, daß der Bergbau "und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen... klar der Staatsgewalt unterworfen werden".

Den Aufruf unterschrieben u.a. die christlichen Nazigegner und Widerstandskämpfer Paulus van Husen, Jakob Kaiser, Hans Lukaschek, Elfriede Nebgen, Otto Nuschke, Rudolf Pechel, Hildegard Staehle, Theodor Steltzer
(*Dokumente der CDU, Band 1, Berlin 1956, S.19*)

Nachdrücklicher noch stand es im **Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU vom 3. Februar 1947**:

"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein...

Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist." Das Programm verlangte entsprechende Kartellgesetze sowie die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Großindustrie.

(Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, VI. Band. Hrsg. Johannes Hohlfeldt, Berlin-München o.J, S. 204, 206/207).

Öffentliche Bekenntnisse zur eigenen Mitschuld an der Katastrophe kamen zu dieser Zeit nur von der KPD und den christlichen Kirchen. Im Aufruf der **KPD** heißt es:

"Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den

erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte."

(Dokumente Geschichte SED, S. 10).

Der **Rat der Evangelischen Kirche** in Deutschland erklärte am 19. Oktober 1945 in Stuttgart den Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen:

"Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden... Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben." Das Bekenntnis trug u.a. die Unterschriften der Bischöfe Wurm, Dibelius, des Pastors Niemöller, des Landesoberkirchenrates Lilje, des Juristen und späteren Bundespräsidenten Heinemann

(Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen, S. 516).

Im **Hirtenbrief der katholischen Fuldaer Bischofskonferenz** vom 23. August 1945 hieß es:

"Wir beklagten es zutiefst: Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden."

(Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1986, S. 377).

K. Schumacher bezog dagegen 1945 eine sehr selbstgerechte Position:

"Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat. Darum kann nur sie allein von sich sagen, daß die Grundsätze ihrer Politik ihre Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden haben." Alle anderen Richtungen seien "mehr oder weniger schuld an dem Aufkommen des Nazismus, haben entweder seine geistigen und politischen Grundlagen oder seine praktischen und taktischen Voraussetzungen geschaffen."

(Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933-1945, S.679).

**Viele sahen
in einem
sozialistischen
Deutschland die
Alternative**

Faßt man die Reaktionen der hier zitierten Parteien und Gruppen zusammen, so läßt sich ein bemerkenswerter Konsens feststellen in den Forderungen nach Bestrafung der Naziverbrecher und bei der Einsicht in die Verquickung von Großkapital, Großgrundbesitz, Militarismus und Nazidiktatur. **Die Alternative wurde von vielen in einem sozialistischen Deutschland gesehen.**

Es war also durchaus legitim, den Versuch zu unternehmen, diese historische Alternative zu verwirklichen, um die bis 1945 vorhandene unheilvolle Kontinuität der deutschen Geschichte zu durchbrechen.

"Millionen Menschen", heißt es darum im Programm der PDS, "setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der werktätigen Bevölkerung, um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden. Es gab jedoch auch Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen."

(Programm der PDS, Berlin 1994, S. 5).

Andererseits sollte es sich bald zeigen, daß viele Reden vom Sozialismus nur als ideologische Abschirmung für die Übergangsperiode dienten, in der sich die "Rettung des Kapitalismus", das Wiedererstarken des deutschen Großkapitals vollzogen, wofür schon seit 1943/44 die Planungen erfolgten.

Konrad Adenauer, Mitbegründer der West-CDU, machte sogar die Marxisten für den Sieg des Faschismus hauptverantwortlich. In einer Rede in der Aula der Kölner Universität am 24. März 1946 erklärte er:

"Es ist nicht richtig, jetzt zu sagen, die Bonzen, die hohen Militärs oder die Großindustriellen tragen allein die Schuld. Gewiß, sie tragen ein volles Maß an Schuld, und ihre persönliche Schuld, deretwegen sie vom deutschen Volk vor deutschen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden müssen, ist um so größer, je größer ihre Macht und ihr Einfluß waren. Aber breite Schichten des Volkes, der Bauern, des Mittelstandes, der Arbeiter, der Intellektuellen, hatten nicht die richtige Geisteshaltung, sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und folgende im deutschen Volk nicht möglich gewesen..."

Die materialistische Weltanschauung des Marxismus hat zu dieser Entwicklung in sehr großem Umfange beigetragen. Wer eine Zentralisierung der politischen und der wirtschaftlichen Macht beim Staate oder bei einer Klasse erstrebt, wer demzufolge das Prinzip des Klassenkampfes vertritt, ist ein Feind der Freiheit der Einzelperson, er bereitet zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor..."

Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Mißachtung, ja Verachtung des Wertes des Einzelmenschen."

(Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen, S. 697-699).

In **allen Besatzungszonen** begann zunächst eine Phase des Neuaufbaus auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. An der Spitze der

neuen Staatsorgane standen Widerstandskämpfer oder zumindest solche Menschen, die sich im Nazisystem persönlich nicht schuldig gemacht und ihre humanistische Gesinnung bewahrt hatten. Die Entwicklung wurde jedoch auch von anderen **Einflüssen** bestimmt: Machtpolitik der Siegermächte in Ost und West, Bruch der Antihitlerkoalition, Kalter Krieg, westliches Wirtschaftsembargo gegenüber der SBZ und der DDR, Spaltung Deutschlands, mit USA-Hilfe (Marshall-Plan 1947) restaurierter und nun prosperierender Kapitalismus im Westen, Reparationszahlungen und Durchsetzung stalinistischer Normen und Verhaltensweisen im Osten. Schließlich kam in den 50er Jahren die Einbindung beider Staaten in die gegensätzlichen Systeme, die in Ost und West die Verdrängung förderte, neue Feindbilder schuf und das Faschismus-Trauma nahezu zur Marginalie werden ließ.

Für die Entwicklung in der **DDR** ist folgendes Beispiel bezeichnend: Während die KPD 1945 noch von Schuld und Mitschuld gesprochen hatte, erschien 1963 ein Bildband unter dem Titel "*Sieger der Geschichte. 120 Jahre Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*", der eine unkritische Glorifizierung der "Siegesstraße" von KPdSU, KPD und SED darstellte (Hrsg. vom Dietz Verlag unter Beratung durch die Abteilung Propaganda des ZK der SED, mit Porträts auf der Umschlagseite: Marx, Engels - Bebel, K. Liebknecht - Thälmann, Ulbricht).

In den **Westzonen/der BRD** dagegen rückten sehr bald **viele ehemalige Nazis** in bedeutende Positionen im Staatsapparat, in Wirtschaft, Justiz, Bildungswesen und Militär: Hans Globke - Jurist im NS-Reichsinnenministerium, Mitkommentator der Nürnberger Rassengesetze von 1935, nach 1949 Ministerialdirektor und Staatssekretär unter Bundeskanzler Adenauer; Reinhard Gehlen - Generalleutnant und Leiter des faschistischen Spionagedienstes "Fremde Heere Ost", nach 1949 Präsident des Bundesnachrichtendienstes; Hans Karl Filbinger - Marine-Stabsrichter, der Todesurteile verhängte und noch am 29. Mai 1945 einen Matrosen mit 6 Monaten Gefängnis bestrafte, weil dieser u.a. von seiner Uniform die Hakenkreuze entfernt hatte, später Ministerpräsident von Baden-Württemberg (Ingo Müller: *Furchtbare Juristen*, München 1987, S. 13, 196); Theodor Oberländer - Chef des faschistischen "Bundes Deutscher Osten", während des Krieges leitender Offizier in einer Terroreinheit, die Kriegsverbrechen beging (u.a. in Lwow), 1953-1960 Bundesvertriebenenminister; Kurt Georg Kiesinger - NSDAP, Mitarbeiter im NS-Reichsaußenministerium, 1966-1969 Bundeskanzler. Die Zahl solcher Beispiele ließe sich vervielfachen.

Es war richtig, diese Erscheinungen öffentlich zu brandmarken, wie es z.B. durch das 1965 erschienene "Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik" und andere ähnliche Aufklärungsschriften geschah. Allerdings wurden diese notwendigen Enthüllungen von der SED-Führung auch dazu benutzt, Defizite im eigenen Lande zu überspielen und ihre autoritäre Herrschaft zusätzlich "antifaschistisch" zu legitimieren.

Doch die Tatsache bleibt, daß heute die Nachkommen und Schüler dieser Bundes-Nazis als vermeintliche "Sieger der Geschichte" Rachejustiz üben und über jene zu Gericht sitzen, die in der DDR den sozialistischen Versuch gewagt hatten.

Dagegen existierte auch in der Alt-BRD eine politische Justiz, an der zum Teil ehemalige Nazijuristen mitwirkten, die im Strafrechtsänderungsgesetz (genannt "Blitzgesetz") von 1951, im Verbot der KPD von 1956 und im "Radikalenerlaß" von 1972 zum Ausdruck kam. In der Zeit von 1951 bis 1968 nahm diese politische Justiz 25 000 bis 30 000 Verurteilungen vor, zahlreiche Berufsverbote, vor allem gegen Linke, wurden erlassen. Viele der Betroffenen haben bis heute keine Entschädigung erhalten.

4. Fünfzig Jahre später:

Der 8. Mai 1945 aus heutiger Sicht.

a.) Die Ergebnisse von 50 Jahren Geschichte

- Zwar fand der Kalte Krieg ein Ende, doch der **Frieden ist dadurch nicht sicherer** geworden, der Krieg ist sogar nach Europa zurückgekehrt. Es besteht die Gefahr, daß sich wieder ein ähnlicher Zustand wie in der Zeit vor dem sozialistischen Experiment herausbildet: Krieg als möglicher Normalzustand in den internationalen Beziehungen; kein Verbot der Aggression und Intervention, höchstens völkerrechtliche Regeln über die Art und Weise der Führung des Krieges; Herrschaftsrecht der "zivilisierten" Staaten über die "Dritte Welt". Doch es existiert auch etwas Neues, das der Völkerrechtler Prof. Bernhard Graefrath wie folgt kennzeichnet:

**Der kalte Krieg
ist zu Ende - der
Frieden nicht
sicherer**

*"Die Existenz der sozialistischen Staaten hat immerhin wesentlich dazu beigetragen, daß das Gewaltverbot als Grundprinzip des Völkerrechts verkündet und nach dem II. Weltkrieg auch als grundlegende Norm eingeführt wurde. Von gleicher Tragweite ist die Einführung und schrittweise Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker als internationale Norm. Jedoch waren die sozialistischen Staaten zu keiner Zeit in der Lage, wenigstens in einem Teil der Welt eine sozialistische Weltordnung zu begründen, die sich von den Gesetzen des kapitalistischen Marktes befreit hätte. Ich lasse dahingestellt..., ob es überhaupt möglich gewesen wäre. Trotzdem aber hat ihre Existenz und ihre Orientierung auf das Recht der Völker zu wesentlichen Veränderungen in den internationalen Beziehungen und im Völkerrecht geführt, die die sozialistischen Staaten überdauert haben. Diese - und ich gebrauche das Wort absichtlich - **Errungenschaften** gilt es zu verteidigen und weiterzuentwickeln."*

(B. Graefrath: Die "Neue Weltordnung" und die UNO, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1995, S. 4).

- Nach dem Scheitern des "Realsozialismus" in Osteuropa und dem Anschluß der DDR an die BRD dominieren die vom **Kapital beherrschten Gesellschaften in Europa**. Zugleich wächst aber die Erkenntnis, daß der gegenwärtige Kapitalismus nicht imstande ist, die **globalen Probleme** zu lösen: Minderheitenprobleme und Nationalismus, Hunger (jährlich verhungern in Afrika 18 Millionen Menschen), 820 Millionen Arbeitslose, Massenarmut, Kriege, Demoralisierung, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Das Bedürfnis nach einer **historischen Alternative** ist mehr denn je vorhanden.

Die globalen Probleme noch nicht gelöst

"Die Hauptursachen für die globalen Probleme sind die kapitalistischen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise in den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft sowie die Herrschaft des Patriarchats. Die bürokratisierte Konkurrenz- und Konsumgesellschaft ist das übergreifende soziale Problem unseres Erdballs. Die von dort ausgehende Unterordnung des menschlichen Lebens unter die Zwänge des Weltmarktes sowie hemmungslose Natur- und Ressourcenvergeudung stellen die Existenz der menschlichen Zivilisation in Frage. Diese Gesellschaftsstruktur demokratisch zu überwinden, dabei ihre entwicklungsoffenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften zu bewahren und auszubauen - das ist die wichtigste Herausforderung der Gegenwart."

(Programm der PDS, S. 3).

- Die **USA** besitzen heute das militärische, ökonomische und wissenschaftliche Übergewicht und treten - zuweilen in Konkurrenz mit Japan oder der Europäischen Union - als **Hegemonial- und Führungsmacht** auf.

"Daß das keine Friedensgarantie ist, haben die militärischen Aktionen gegen Grenada, Panama, den Irak, Somalia und Libyen zur Genüge bewiesen."
(Graefrath, S.5).

- Die nunmehr "**großdeutsche**" und **großkapitalistische BRD** ist bestrebt, wieder ökonomische, politische und militärische **Weltmachtstellung** zu erringen. Was mit Hilfe der Wehrmacht nicht gelang, soll nun zunächst vor allem mit Hilfe der D-Mark erreicht werden.

b.) Versuche, Geschichte umzuschreiben:

- Der 8. Mai 1945 soll für Ostdeutschland lediglich als *Tag der Beendigung der ersten und des Beginns der zweiten Diktatur* verstanden werden, wie aus den schon zitierten Auslassungen Dreggers, Stoibers, Kohls, Hartfelders hervorgeht. Damit werden faschistische Diktatur und Krieg verharmlost, andererseits DDR und NS-Herrschaft gleichgesetzt.

- Die DDR sei grundsätzlich nur "*SED-Diktatur*" und "*Unrechtsstaat*" gewesen. Ein Beispiel aus jüngster Zeit: Die (1967 geborene) Kieler Journalistin Susanne Gaschke spricht vom "Stasi-Sozialismus in der DDR" und schreibt:

"Ärgerlicherweise ist häufig von einem 'Scheitern' des 'realsozialistischen Experiments' die Rede. Ein 'Scheitern' ist aber in der Regel etwas, das man bedauert. Wie hätte der real existierende Sozialismus nicht scheitern sollen? Er war von Anfang bis Ende falsch: totalitär, menschenverachtend, unfrei, ungerecht."

("Aus Politik und Zeitgeschichte", Bonn, 10/95, 3.3.95, S. 16,17).

Solcherart "Erkenntnisse" sind zwar von keinem Wissen getrübt, drücken aber die offizielle Auffassung aus, die die Ausgangsbasis darstellt für *Repressalien gegen ehemalige DDR-Bürger, für Diskriminierung und soziale Ausgrenzung*. Diese Repressalien sind:

1. Ausdruck der *sozialen Revanche*, der Rache für das Antasten des kapitalistischen Eigentums,

2. *triviale kapitalistische Konkurrenz*, um - vor allem in den Bereichen Bildung, Hochschulwesen, Wissenschaft, Verwaltung - unter der *heuchlerischen Losung "Erneuerung"* sich Pfründe zu sichern und eigene überzählige Mitarbeiter unterzubringen.

- Nazidiktatur und Krieg seien *ausschließlich das Werk Hitlers* und seiner engeren Kumpanei. Damit werden *die großkapitalistischen und konservativen "Eliten" Nazideutschlands und der Nachkriegszeit freigesprochen, deren Nachkommen und Schüler heute allgegenwärtig* sind.

- Mit der verlogenen Losung "*antitotalitärer Konsens*" sollen die Kommunisten aus dem deutschen Traditionsbild ausgemerzt werden, da sie angeblich den einen "Totalitarismus" nur bekämpft hätten, um ihn durch ihren eigenen zu ersetzen. Unter den heutigen Bedingungen bedeutet "Antitotalitarismus" faktisch nichts anderes als *Anti-Antifaschismus*.

- Mit dem Schlagwort "*verordneter Antifaschismus*" sollen nicht in erster Linie tatsächlich vorhandene Defizite in der Geschichte der DDR aufgedeckt, sondern sollen

1. die antifaschistische Geschichte der DDR grundsätzlich diffamiert,
2. *die Rolle der Bundes-Nazis endgültig "entsorgt"* werden.

c.) Einige Grundfragen des gegenwärtigen Geschichtsbildes

Das Thema "Befreiung" verlangt von uns eine **rückhaltlose kritische und selbstkritische Stellungnahme zu allen Formen von diktatorischer Herrschaft und Menschenrechtsverletzungen**, die unter sowjetischer Besatzung und unter der "führenden Rolle der SED" vorgekommen sind und die nicht mit der These von der "Verschärfung des Klassenkampfes" entschuldigt werden dürfen.

In Ostdeutschland entwickelte sich, in enger Anlehnung an die vom **Stalinismus** geprägte Sowjetunion, die - trotz des Stalinschen Terrors - infolge ihres Hauptanteils am Siege über Nazideutschland und ihrer zahllosen Opfer auch im Westen eine große Autorität besaß, ein **zentralistisch-bürokratisches Regime**, das sich immer mehr von demokratischen und sozialistischen Prinzipien entfernte und diktatorische Züge annahm. Sogar ehemalige Widerstandskämpfer mutierten zu kleinen oder großen Selbstherrschern. Die Masse der SED-Mitglieder währte sich in Übereinstimmung mit den "Gesetzmäßigkeiten der Geschichte" und schwieg zum Abbau der Demokratie und zu Menschenrechtsverletzungen, konnte andererseits in den restaurativen Erscheinungen der BRD keine gesellschaftliche Alternative erblicken.

Jedoch ist eine **Gleichsetzung der DDR mit NS-Deutschland eine politisch motivierte Geschichtsfälschung, die das Handeln der heutigen politischen Klasse legitimieren soll**. In der DDR bestimmten nicht die Interessen des Großkapitals, es gab keinen Rassismus, keine Judenverfolgungen, keinen Völkermord, keine Konzentrationslager für politische Gegner; es wurde kein Eroberungskrieg vorbereitet und geführt. Stattdessen gab es soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung, Kultur, ein größeres Maß an Förderung der Jugend und der Frauen, ein hohes Maß an zwischenmenschlicher Solidarität, eine aktive und international anerkannte Friedens- und Entspannungspolitik der Regierung.

**Gleichsetzung
der DDR mit NS-
Deutschland eine
politisch motivierte**

"Selbstverständlich sind", schlußfolgert sogar Prof. Christoph Kleßmann, kommissarischer Leiter des "Forschungsschwerpunktes Zeit-historische Studien" Potsdam, "die Dimensionen und die Folgen beider Diktatorsysteme nicht ernsthaft miteinander vergleichbar..."

("Das Parlament", Nr. 11, 10.3.1995, S.11).

Selbstkritik und Verurteilung eigener Irrwege schließt die Zurückweisung von Fälschungen nicht aus. Schon unter der SED-Herrschaft praktizierte, aber heute geradezu blühende Methoden der Geschichtsfälschung bestehen in der **Vorgabe von Urteilen und Ergebnissen**, die nachträglich zu "beweisen" oder zu bestätigen sind, in der Verschiebung der **Proportionen** und im **Weglassen** von Sachverhalten, die nicht in das vorgegebene Konzept passen. **Sage mir, was du wegläßt, und ich sage dir, für wen du schreibst!** Das geschieht nicht nur bei "großen" Themen wie "Unrechtsstaat", das geschieht auch im Detail. Der Westberliner Historiker *Wolfgang Ribbe* schreibt zum Beispiel über die Sonderlager in der SBZ/DDR:

"Offiziell um führende Nationalsozialisten in Straflagern zusammenzufassen, wurden dabei auch wahllos schuldlose deutsche Zivilisten, zahlreiche Jugendliche, in einigen Fällen sogar Persönlichkeiten des aktiven Widerstandes gegen das NS-Regime, in diese Lager verschleppt. Mehr als 40 000 von ihnen haben die dort erlittenen Torturen nicht überlebt. Nach Schließung der Lager durch die sowjetische Besatzungsmacht hat

die DDR-Führung einige noch bis 1950 unterhalten. Die meisten von ihnen lagen in Brandenburg, so in Ketschendorf, Jamlitz, Sachsenhausen, Mühlberg, Frankfurt an der Oder, Berlin-Hohenschönhausen und Weesow. Die Existenz dieser Lager ist später tabuisiert worden."

(Brandenburgische Geschichte, S. 680).

Daß sich in diesen Lagern auch Unschuldige befanden, daß dieser Umstand in der DDR tabuisiert wurde, sind Tatsachen, die wir verurteilen müssen. Diese Thematik bedarf weiterer wissenschaftlicher Erforschung und Klarstellung, frei von Tendenzen der Bagatellisierung, aber auch frei von Pauschalisierung und Einseitigkeit. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Einrichtung von Internierungslagern für NS-Funktionäre auf Abmachungen der Siegermächte zurückging (Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam, Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrates vom 20. 12.1945, Kontrollratsdirektive Nr. 38 über die "Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen" vom 12.10.1946, amerikanische Direktive JCS 1067 zur Behandlung des besetzten Deutschlands vom 23.3.1945). Darum gab es solche Lager auch in anderen Besatzungszonen. Wenn die Zahl von 40 000 Opfern der Wahrheit entsprechen sollte (der Forschungsverbund "SED-Staat" der Freien Universität Berlin beziffert die Zahl der Toten im Lager Berlin-Hohenschönhausen auf 886, während "Opferverbände" bisher von 3 000 ausgingen) dann handelt es sich dabei nicht nur um Unschuldige, sondern auch um Faschisten, die Verbrechen begangen hatten. Auch hier liegt die Wurzel der Vorgänge nicht nur in der - zweifellos vorhandenen - Willkür der Besatzungsmacht, sondern zuerst in der Naziherrschaft und ihrem Vernichtungskrieg.

Es ist auffallend, daß der Begriff "**Antifaschismus**" sowohl im offiziellen Sprachgebrauch als auch in den Publikationen konservativer, liberaler und auch mancher sozialdemokratischer Autoren kaum noch Verwendung findet, zum Teil sogar Anlaß zu scharfer Distanzierung bietet. Man meidet, bekämpft ihn, man tilgt oder ändert in Ostdeutschland antifaschistische Gedenkstätten und Namen, weil er angeblich nur mit KPD, Nationalkomitee "Freies Deutschland" (NKFD) und DDR zusammenhängt, also "totalitär" belastet sei - ungeachtet der Tatsachen, daß die KPD die größte Zahl der Widerstandskämpfer stellte, daß die Kundschafter der "Roten Kapelle", das NKFD, die Rüstungssaboteure und Deserteure etwas Reales für die Schwächung des Naziregimes und für die Beendigung des Krieges getan haben, im Gegensatz zu den konservativen Offizieren und Beamten, die im Machtapparat saßen, aber am 20. Juli 1944 - trotz langer Vorbereitung und der Tapferkeit Einzelner - nahezu kampfflos scheiterten!

Wenn der Begriff zuweilen doch benutzt wird, dann meist in der Verbindung "**verordneter Antifaschismus** der DDR". Konnte diese Formulierung - trotz der in ihr von Anfang an enthaltenen pauschalen

**Errichtung
von
Sonderlagern
- gemein-
same Festle-
gung der
Alliierten**

**Tilgung des
"Antifaschismus"**

Diffamierung der Antifaschisten in der DDR - vor Jahren noch in gewisser Weise hilfreich sein für die Anprangerung des Mißbrauchs des Begriffes "Antifaschismus" durch die SED-Führung, so ist sie heute vollständig zur **obligatorischen Gebetsformel** verkommen, mit der die Geschichte der westdeutschen Globke-, Oberländer- und Filbinger-Republik geschönt und der neue Anti-Antifaschismus verschleiert werden sollen.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schrieb Günther Gillessen am 10. Juni 1994 in aller Deutlichkeit:

"Mit 'Antifaschismus' war und bleibt auch künftig keine Gemeinsamkeit zwischen dem 20. Juli und dem NKFD, nicht zwischen der Geschichte der Bundesrepublik und jener der DDR, auch nicht zwischen Bundeswehr und ehemaliger NVA herzustellen."

In typisch westlich-arroganter Manier fällt der sozialdemokratische Historiker *Prof. Bernd Faulenbach* auf einer Konferenz in Potsdam im Juni 1994 sein Verdikt:

"Die Rolle des Mythos Antifaschismus in der DDR ist genau zu analysieren. Vieles spricht dafür, ihm als integrativem Faktor im SED-System eine beträchtliche Bedeutung beizumessen, die wohl höher einzuschätzen ist als die des Marxismus-Leninismus. Die spezifische Funktion dieses Antifaschismus in der DDR läßt es unmöglich erscheinen, daß an ihn heute in der Auseinandersetzung mit sich revitalisierenden rechtsradikalen Tendenzen angeknüpft werden kann."

(Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 7/1994, S.594).

Im September 1994 veröffentlichte eine Gruppe von Rechtskonservativen den *demagogischen "Berliner Appell: Wehret den Anfängen"*, in dem es heißt, daß die Haltung zum

"Fall Stolpe" und die "Einbeziehung der PDS in den politischen Entscheidungsprozeß" deutliche Signale für einen "Verfall der politischen Kultur" seien. "Unter der Parole des 'Antifaschismus' wird eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte betrieben [!]... Wir setzen uns ein für eine Rückkehr zum antitotalitären Konsens und wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine 'antifaschistisch-demokratische Ordnung' zu ersetzen".

("Neues Deutschland", 29.9. 1994).

Zu den Unterzeichnern gehören die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Alfred Dregger, Rainer Eppelmann, Heinrich Lummer, die sächsischen Minister Heinz Eggert, Steffen Heitmann, Arnold Vaatz, die Schriftsteller bzw. Publizisten Wilhelm Fricke, Gerhard Löwenthal, Heinz Klaus Mertes, Helga Schubert, die Historiker Gerhard Besier, Wolfgang Schuller, Manfred Wilke, Michael Wolffsohn, Rainer Zitelmann, die "Bürgerrechtler" Freya Klier, Wolfgang Templin, der leitende Berliner Polizeibeamte Manfred Kittlaus.

Die Konservativen verschiedener Schattierungen meinen mit Widerstand

gegen das NS-Regime nahezu wieder ausschließlich den 20. Juli, den man "Aufstand des Gewissens" nennt, oder, wie der Kanzler, einen Versuch zur Wiederherstellung der "Majestät des Rechts". In seiner Rede bei der Gedenkfeier im Ehrenhof Stauffenbergstraße in Berlin am 20. Juli 1994 erklärte er:

"Die Wahrheit ist ..., daß der 20. Juli 1944 Höhepunkt und Endpunkt einer Entwicklung war, die seit Hitlers Machtergreifung Anfang 1933 Männer und Frauen aus unterschiedlichsten politischen Richtungen im Kampf gegen die Herrschaft des Verbrechens zusammengeführt hatte."

("Das Parlament", Nr. 31, 5.8.94, S. 22).

Der 20. Juli 1944 war natürlich keineswegs Höhepunkt einer Kontinuität des Widerstandes seit 1933. Damals standen alle bürgerlichen und aristokratischen Teilnehmer der späteren Verschwörung noch in der Pflicht des NS-Regimes und dienten ihm eifrig. Sie alle trugen das NS-System, förderten seine Stabilisierung; die Verfolgung der Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden störte sie nicht. Erst allmählich, angestoßen durch den zunehmenden Terror auch gegen bürgerliche und christliche Personen, die Judenvernichtung, die aggressive Kriegspolitik, vor allem aber die militärischen Niederlagen und die Kenntnis von den Untaten in den eroberten Ländern, änderte sich ihre Einstellung. Erst spät erkannten sie die "Herrschaft des Verbrechens" und begannen, über den Umsturz nachzudenken. **Widerstandskämpfer der ersten Stunde waren fast nur Kommunisten und Sozialdemokraten.** Der 20. Juli war auch nicht "Endpunkt" des Widerstandskampfes, es gab auch danach noch Widerstandsaktionen: Rettung von Verfolgten, örtliche bewaffnete Selbstbefreiungen, Verhinderung weiterer Zerstörungen, Kundschaftertätigkeit, Flugblattverbreitung.

Wenn ein konservativer Politiker von "**Hitlers Machtergreifung**" spricht, muß man daran erinnern, daß Hitler die Macht nicht "ergriffen" hat, sondern daß sie ihm von einflußreichen Vertretern der Banken, der Industrie, des Großgrundbesitzes, der Staatsbürokratie und der Generalität dargereicht wurde. Auf diese historische Wahrheit ist mit Nachdruck zu verweisen, wird doch heute wiederum verstärkt versucht, Hitler die alleinige Verantwortung für Verbrechen und nationale Katastrophe zuzuschieben, um die herrschenden "Eliten" von ihrer historischen Schuld freizusprechen.

Minister *Rühe* drückte das Anliegen der Ehrung des 20. Juli in einer Rede am 19. Juli 1994 in Berlin so aus:

"Der 20. Juli 1944 war ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte [!]. Offiziere wagten den Aufstand des Gewissens und gaben dafür ihr Leben hin. Sie haben Deutschland die Ehre und Würde wiedergegeben, die die Naziverbrecher unserem Land geraubt hatten. Die mutige Tat des 20. Juli war wesentliche Voraussetzung für die Rückkehr des deutschen Volkes in die Gemeinschaft zivilisierter Nationen..."

Die kommunistischen Gründer der DDR haben gegen Hitler gekämpft und dennoch keine bleibenden Lehren für die Zukunft daraus gezogen. Sie errichteten in Deutschland eine zweite Diktatur. Der formelhafte 'Antifaschismus' des SED-Regimes war Deckmantel für neue Unterdrückung, neue Verbrechen.

... Die Bundeswehr ist die erste deutsche Armee, in der die Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit das soldatische Selbstverständnis prägen...

Der 20. Juli ist daher wesentlicher Bestandteil der Tradition der deutschen Streitkräfte."

("Das Parlament", Nr. 31, 5.8.94, S. 22).

Der 20. Juli mit den deutschnationalen Honoratioren trägt "Vorbildcharakter" und gehört darum in das Traditionsbild der Bundeswehr, mit dem "Antifaschismus" aber dürfe es keine Gemeinsamkeit geben. Dazu gehört wohl auch, daß **etwa 30 Bundeswehrkasernen Namen militaristischer und faschistischer Führer tragen**: Dietl-Kaserne in Füssen; Goltz-Kaserne in Hamburg; Hindenburg-Kasernen in Neumünster, Oldenburg, Münster, Kassel, Reutlingen, Tübingen, Ulm; Leeb-Kaserne in Landsberg (Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb hatte nach dem 20. Juli 1944 an Hitler ein Ergebenheitstelegramm gerichtet); Mölders-Kaserne in Visselhövede, Braunschweig.

Traditionslinien der Bundeswehr

Diese kritische Bilanz soll jedoch **nicht die Rückkehr zu alten Zuständen** andeuten. Es droht heute in Deutschland gewiß keine faschistische Diktatur alten Typs. Es ist in der Welt auch keine Mächtekoalition in Sicht, die den Vorsatz und die Stärke hätte, einen dritten Weltkrieg zu entfesseln. Demokratische Aktivität und Wachsamkeit der Völker haben zugenommen. Es sind aber **Kräfte am Werke**, die nach den Veränderungen in Europa politische und soziale Errungenschaften sozialer Kämpfe und vernünftiger Einsichten zunichte machen und den parlamentarischen Sozialstaat in ein konservativ-autoritäres Gebilde mit Weltmachtambitionen verwandeln wollen, was man als den Abschluß des "deutschen Sonderweges", als Beendigung des deutschen "Trittbrettfahrens" und endliche "Rückkehr zur Normalität" bezeichnet. Diese Gefahr kommt nicht nur vom rechten Rand der Gesellschaft, sondern kommt aus ihrer Mitte.

Der 4. Parteitag der PDS hat in seiner Erklärung "1945 - 1995: PDS und der 50. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus" die Bedeutung und die Lehren des 8. Mai 1945 treffend und konkret gekennzeichnet, die auch unsere Bildungsveranstaltungen bestimmen sollten:

"Laßt nicht zu, daß der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Faschismus und Antifaschismus mit verlogenen Phrasen oder durch Gleichsetzung der DDR mit der Hitlerdiktatur eingenebelt wird! Wendet Euch gegen die Diskriminierung von Antifaschisten und Widerstandskämpfern, die den

Regierenden nicht genehm sind!

Weicht nicht zurück, wenn Neonazisten ihre Parolen verbreiten, wenn sie aus wie inländische Mitbürger terrorisieren! Übt Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern und den in unserem Lande Asyl Suchenden, schützt sie vor Behördenwillkür und vor den Übergriffen nazistisch verhetzter Gruppen!

Verkennt nicht die Gefahren, die aus der Mitte dieser Gesellschaft, aus ihren etablierten Parteien, aus ihren Bürokratien kommen! Verschließt nicht die Augen vor dem Abdriften unseres Landes nach rechts! Vergeßt nicht, daß in Deutschland Kampf gegen links und Expansion nach außen immer zwei Seiten einer Medaille gewesen sind! Wiegt Euch nicht in falscher Sicherheit!

Seid wachsam, wenn es deutsche Politiker wieder nach einer Weltmachtrolle verlangt und sie den Einsatz deutscher Soldaten in den Krisenherden aller Kontinente vorbereiten! erinnert wieder daran: Es war schon einmal Konsens deutscher Politik, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf! Die Losung 'Schwerter zu Pflugscharen!' ist für diese Bundesrepublik mindestens ebenso aktuell, wie sie es für die DDR gewesen ist.

Arbeitet mit an einer Koalition der Vernünftigen gegen den Rechtstrend in unserem Lande, für antifaschistische Demokratie, für soziale Gerechtigkeit!"

("Neues Deutschland", 30.1.1995, S.5; "Disput", 3/4, Febr. 1995, S.29/30).

5. Weitere Literatur:

1. Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I bis IV hrsg. von Dietmar Keller/
Hans Modrow/Herbert Wolf, Bd. V hrsg. von Jochen Cerny/Dietmar Keller/
Manfred Neuhaus, Bonn/Berlin 1994.

2. Rolf Badstübner: Friedenssicherung und deutsche Frage. Vom
Untergang des "Reiches" bis zur deutschen Zweistaatlichkeit (1943 bis
1949), Dietz Verlag, Berlin 1990.

3. Günter Benser: Die DDR - eine deutsche Möglichkeit? Zur Legitimation
des zweiten deutschen Weges. Hrsg. vom Brandenburger Verein für
politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V., Potsdam 1992. (Noch lieferbar).

4. Helmut Bock: Partei-Staat-bürokratische Kaste. Hrsg. vom
Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg", Potsdam
1992. (Noch lieferbar)

5. Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente. Hrsg. von Dietrich
Eichholtz unter Mitarbeit von Almuth Püschel. Mit einem Geleitwort von
Manfred Stolpe, Verlag Volk und Welt, Berlin 1993 (Laut "Schriftenverzeichnis
2/1994" kann dieses Buch unentgeltlich von der Brandenburgischen
Landeszentrale für politische Bildung, PF 60 10 51, 14410 Potsdam, Tel.
0331/ 8 66 10 21, bezogen werden).

6. Brandenburgische Geschichte. Hrsg. von Ingo Materna und Wolfgang
Ribbe, Akademie Verlag, Berlin 1995 (58,-DM).

7. Deutschland im zweiten Weltkrieg. Band 6 Die Zerschlagung des
Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes (Juni 1944 bis 8.
Mai 1945). Leitung Wolfgang Schumann und Olaf Groehler unter Mitarbeit
von Wolfgang Bleyer, Akademie-Verlag, Berlin 1985.

8. Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine
perspektivische Rückschau. Im Auftr. des Militärgeschichtl. Forschungs-
amtes hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Piper, München/Zürich, Februar
1995. 29 Beiträge zu verschiedenen Themen des Kriegsendes und der
Nachkriegsentwicklung (39,90 DM).

9. Christoph Kleißmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche
Geschichte 1945 - 1955. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische
Bildung, Band 193, 4. Aufl., Bonn 1986. (Laut "Schriftenverzeichnis 2/1994"
kann das Buch von der Brandenb. Landeszentrale für politische Bildung,
bezogen werden).

10. Guido Knopp: Damals 1945. Das Jahr Null. Deutsche Verlagsanstalt,
Stuttgart 1995 (58,-DM).

11. Christine Krauss/Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Das Jahr 1945 erinnern statt vergessen. Dietz Verlag, Berlin 1995 (ca 36,-DM). In diesem Band schildern 19 Autoren des Dietz Verlages ihre Erlebnisse im Jahr 1945 bzw. legen ihre Gedanken zu diesem Jahr dar. Erscheint März/April 1995.

12. Werner Röhr: Deutschland und das Ende der Nachkriegszeit. Die Kriegsniederlage des faschistischen Deutschland und die Aufhebung ihrer Folgen, in: "Neues Deutschland" vom 11./12.2.1995, S.10).

Die Zeitung "Neues Deutschland" wird auch in den nächsten Wochen Aufsätze zu unserer Thematik veröffentlichen.

13. Wir waren damals 19 - 50 Jahre 8. Mai in und um Frankfurt. Hrsg. von Jürgen Maerz, Frankfurt (Oder) 1995 (39,50 DM, wird laut Zeitungsbericht an Frankfurter Schulen kostenlos verteilt).